Protokoll

Sitzung Nr. 4
 Datum **Mittwoch, 13. April 2011**
 Ort Aula des Schulhauses Sekundarstufe I
 Zeit 19.30 bis 21.10 Uhr

Vorsitz	Hans-Peter Baumann, 1. Vize-Präsident	SVP 1
2. Vizepräsidentin	Marceline Stettler	GFL 1
StimmzählerIn	Klaus Jost Elisabeth Wendelspiess (a.o. Stimmzählerin)	SVP 1 SP 1
Mitglieder	Markus Dietiker Reto König Hans-Jörg Rhyn Peter Traber	SP 4
	Marianne Baumann Markus Burren Marianne Pfister Bettina Ritter	SVP 4
	Heinz Buser Ralph George Patrick Heimann Urs Julmy Markus Lötscher Patric Magnani Johanna Thomann	FDP 7
	Thomas Ackermann Denise Mellert	CVP 2

	Notta Arn-Wiedmer Pierre-Yves Crettenand	EVP 2
	Peter Kofel Christoph Merkli Bruno Vanoni	GFL 3
	Toni Oesch	FdU 1
		<u>27</u>
Abwesend	Martin Kocher, Präsident Hannah Einhaus Nicole Zeiter Beat Nydegger	SP 4
	Annemarie Zingg Roland Stucki	EVP 2
	Reto Hämmig Adrian Gehri	FDP 2
	Susanne Meierhans	CVP 1
	Peter Bähler Elisabeth Aebi-Lehmann Armin Röthlisberger	SVP 3
	Anne-Lise Greber-Borel	GFL 1
Vertreter des Gemeinderates	Gemeindepräsident Stefan Funk Vizegemeindepräsident Kurt Jörg Mirjam Veglio Joseph Crettenand Liselotte Huber-Affolter Edgar Westphale	
Abwesend	Sabine Huber-Spari	
Gemeindeschreiber	Roland Gatschet	
Protokoll	Yves Marti, Gemeindeschreiber-Stv.	
Anzahl Zuhörende	4 (+ 2 Medien)	

Geschäfte

28	Pro Protokoll Protokoll vom 23. März 2011.....	99
29	34.191. Schulhaus-Aussenraumgestaltung Aussenraumgestaltung im Zentrum; Allwetterplatz Oberdorf (Etappe A); Nachkredit für Beachvolleyballanlage	100
30	1.530. INTEGRATION Integration (Motion Marc Müller und Mitunterzeichnende).....	107

31	1.92. Parlamentarische Vorstösse Motion Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Zollikofen erneuerbar: Energiepolitisch energisch vorwärts machen!"; Erheblicherklärung	113
32	1.92. Parlamentarische Vorstösse Motion Peter Kofel und Mitunterzeichnende betreffend Ökostrom statt Atomstrom: Zollikofen geht mit gutem Beispiel voran	116
33	1.92. Parlamentarische Vorstösse Postulat Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend Energiestadt- Gold dank Stromsparen	117
34	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Anne-Lise Greber-Borel und Mitunterzeichnende betreffend Amphibienschutz auf der Kirchlindachstrasse	119

GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Der Protokollführer

Verhandlungen

Präsident: Werter Gemeindepräsident, liebe Gemeinderäte, liebe GGR-Kolleginnen und – Kollegen, werte Pressevertreter, liebe Gäste und ich möchte es auch nicht unterlassen die zwei Personen links von mir, Gemeindeschreiber Roland Gatschet und Gemeindeschreiber-Stellvertreter Yves Marti zu begrüßen. Diese werden manchmal ein wenig vergessen. Ich möchte euch alle zur heutigen April-Sitzung des GGR begrüßen. Wie ihr feststellt, habe ich Euch das Amt des Präsidenten inne, da sich Martin Kocher für heute entschuldigen musste. Aus meiner Sicht ist dies eine Ehre, aus Eurer vielleicht eher ein Erdulden. Entschuldigt haben sich: Annemarie Zingg und Roland Stucki von der EVP, Reto Hämig und Adrian Gehri von der FDP, Hannah Einhaus, Nicole Zeiter, Beat Nydegger sowie Martin Kocher von der SP, Susanne Meierhans von der CVP, Peter Bähler, Armin Röthlisberger und Elisabeth Aebi-Lehmann von der SVP; Anne-Lise Greber-Borel von der GFL. Vom Gemeinderat hat sich Sabine Huber entschuldigt.

Ich stelle fest, dass zur Zeit 26 Mitglieder anwesend sind. Wir gehen davon aus, dass noch 4 Personen eintreffen werden. Demzufolge kann ich Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

Mitteilungen des Präsidenten

Präsident: Auf euren Pulten findet Ihr den Verwaltungsbericht 2010 welchen wir an der nächsten Sitzung, zusammen mit der Jahresrechnung 2010, behandeln werden. Die Jahresrechnung wird Euch noch per Post zugestellt. Uns liegt ein Demissionsschreiben von Armin Röthlisberger vor. Er wird per Ende April, infolge Wohnortswechsel zurücktreten. Armin Röthlisberger ist seit 1992 ununterbrochen Mitglied des Grossen Gemeinderates. Ich möchte ihm für die sehr lange und engagierte Zeit danken und ihm in der neuen Gemeinde alles Gute wünschen. Es ist übrigens nicht die Gemeinde, welche in der Fasnachtszeitung erwähnt wurde. Da heute Abend Nicole Zeiter abwesend ist, müssen wir eine ausserordentliche Stimmzählerin oder einen ausserordentlichen Stimmzähler wählen. Ich erwarte entsprechende Wahlvorschläge.

Hans-Jörg Rhy, SP: Wir schlagen Elisabeth Wendelspiess vor.

Präsident: Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Somit erkläre ich Elisabeth Wendelspiess als ausserordentliche Stimmzählerin als gewählt.

Mitteilungen des Gemeinderates

Präsident: Mitteilungen aus dem Gemeinderat? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zu den traktandierten Themen. Die Traktandenliste ist euch zugestellt worden. Wird eine Abänderung der Reihenfolge der Traktanden gewünscht? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.**

28 Pro Protokoll

Protokoll vom 23. März 2011

Präsident: Gibt es Bemerkungen oder Ergänzungen zum Protokoll vom 23. März 2011? Das ist nicht der Fall. **Somit erkläre ich das Protokoll vom 23. März 2011 als genehmigt.**

29 34.191. Schulhaus-Aussenraumgestaltung

Aussenraumgestaltung im Zentrum; Allwetterplatz Oberdorf (Etappe A); Nachkredit für Beachvolleyballanlage

Präsident: Ist das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Die GPK hat das Wort.

Urs Julmy, GPK: Die GPK hat dieses Geschäft geprüft. Es handelt sich hierbei um eine Ergänzung eines Geschäftes welches wir bereits an der Februar-Sitzung des Grossen Gemeinderates behandelt haben. Dies ist in Bericht und Antrag auch sauber aufgeführt. Wir haben drei Bemerkungen zu diesem Geschäft. Erstens hat sich gezeigt, dass die Stellungnahme der Schule, welche mit dem Beachvolleyballfeld direkt betroffen ist, fehlt. Diese Stellungnahme ist nicht zwingend erforderlich, wäre aber für die Verständlichkeit bei der Behandlung dieses Geschäftes sinnvoll gewesen. Zweitens: Scheinbar existiert ein Schulraumplanungs- und Aussenraumkonzept. Hier fehlt uns im Geschäft ein Bezug zu diesen Konzepten, diese sind nicht erwähnt. Drittens sind auf Seite 4 von Bericht und Antrag Eigenleistungen des Werkhofes aufgeführt. Es ist nicht explizit erwähnt, ob diese Eigenleistungen in den Kostenaufstellungen enthalten sind oder nicht. Der besseren Verständlichkeit und Deutlichkeit wegen, hätte man dies noch aufführen können.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: An seiner Sitzung vom 23. Februar hat der GGR einen Verpflichtungskredit von Fr. 375'300.00 für die Erstellung eines Allwetterplatzes zwischen den Schulhäusern Wahlacker und Zentral bewilligt. Wie damals in Aussicht gestellt, legt Ihnen der Gemeinderat nun eine Erweiterung des Projektes mit einem Beachvolleyballfeld vor. Damit entspricht er dem Anliegen des virtuellen Jugendparlaments, das 2010 das Jugendpostulat "Jugendliche wünschen ein Beachvolleyballfeld" verabschiedet hatte. Der Platz soll bei der Schulanlage der Sekundarstufe I oder hinter dem Zentralschulhaus erstellt werden, damit er zentral liegt und möglichst von vielen Personen benutzt wird. In meiner Einführung werde ich auch auf die Fragen und Bemerkungen der GPK zu sprechen kommen. Auf dem Areal der Sekundarstufe I ist es nicht möglich eine solche Anlage zu platzieren, da sonst die einzige zusammenhängende Rasenfläche im Zentrum verschwindet und damit auch die Möglichkeit für „klassische“ Rasenspiele und Leichtathletik-Disziplinen. Andere Standorte im Zentrum, z.B. Pausenplatz Sekundarstufe I, würden aufwändige und damit kostenintensive Bauarbeiten auslösen. Bei der Schulanlage Oberdorf kommt aus Platz- und bautechnischen Gründen nur die Rasenfläche zwischen den Schulhäusern Zentral und Wahlacker in Frage. Zusammen mit dem Allwetterplatz entsteht zudem ein interessantes Gesamtensemble für Sport- und Freizeitnutzungen für alle. Die verbleibende Rasenfläche entspricht der ursprünglichen Grösse aus dem Aussenraumkonzept. Ansonsten gibt es keinen Bezug zum Aussenraumkonzept, da dieses im Jahr 2000 keinen Beachvolleyball-Platz vorsah. Mit dem Bau der erhöhten Anlage kann unter Mithilfe des Werkhofs und der Jugendlichen eine relativ kostengünstige und flexible Lösung erzielt werden. Die Aufwendungen des Werkhofs werden auf 40 Stunden geschätzt und sind gemäss bisheriger Praxis im Kredit nicht enthalten. In einer ersten Phase zu den Abklärungen für das Beachvolleyballfeld wurde auch die Schulleitung der Primarschule um eine Stellungnahme gebeten. Der exakte Standort war noch nicht plangenaue bekannt, die grundsätzliche Lage zwischen den Schulhäusern Wahlacker und Zentral aber gegeben. Leider ist diese Stellungnahme im Bericht nicht enthalten. Die mündliche Auskunft lautete wie folgt: „Die Schulleitung der Schulanlage Oberdorf hat kein Bedarf für ein Beachvolleyballfeld. Es würde den noch zur Verfügung stehenden Rasenplatz neben dem Allwetterplatz einschränken, welcher bei trockenem Wetter auch als Pausenfläche genutzt wird. Wie soll der Sand vor Katzenkot geschützt werden? Die Verschmutzung der Schulhäuser und auch des danebenliegenden Allwetterplatzes durch den Sand wird als unvorteilhaft bewertet.“ Die Überlegungen des Gemeinderats zum Standort

habe ich bereits erläutert. Der Sand wird mit einer Ganzjahresabdeckung vor Verunreinigungen geschützt. Dank der Verwendung von hochwertigem Quarzsand kommt es nur zu minimaler Verschleppung des Sandes. Der Gemeinderat ist überzeugt, mit dem Projekt eine ausgewogene Lösung unter Berücksichtigung möglichst aller Interessen heute Abend zu präsentieren und bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Präsident: Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Thomas Ackermann, CVP: Die CVP-Fraktion hat sich in ihrer Sitzung darauf geeinigt, den Wunsch des virtuellen Jugendparlamentes für eine Beachvolleyballanlage zu unterstützen. Falls das Parlament dem Antrag des Gemeinderates folgt, sollten die Jugendlichen beim Bau der Anlage unbedingt mit einbezogen werden. Sowohl aus Sicht der Baufirma wie auch von der Lehrerschaft der Sek. Stufe I scheint dies kein Problem zu sein. Die CVP betrachtet die Investition von CHF 50'000.00 in eine von der Jugend gewünschte Beachvolleyballanlage ein Vielfaches sinnvoller als beispielsweise die im Januar beantragte Ausgabe von CHF 310'000.00 für die Instandstellung der Fussgängerbrücke über den Krebsbach. Für eine Brücke welche man durch das Laub nicht sieht und von der eigenen Bevölkerung kaum benutzt wird. Wir befürchten, dass wenn der GGR heute Abend dem Geschäft nicht zustimmt, auch wenn dies nur wegen dem angeblich falschen Ort passiert, es für Jahre kein Beachvolleyballfeld in Zollikofen geben wird. Wir bitten jene, die eigentlich für ein Beachvolleyballfeld sind, jedoch dieses an einem anderen Ort wünschen, diese Konsequenz in Betracht zu ziehen, und deshalb schlussendlich doch für das Beachvolleyballfeld neben dem Allwetterplatz Oberdorf zuzustimmen. Zum Ort: Es wird befürchtet, dass die Benutzung der Beachvolleyballanlage den Unterricht stören könnte. Mit dieser Begründung hätte man auch den gesamten Allwetterplatz ablehnen müssen, wo beispielsweise auch Basketball gespielt werden kann. Zudem: Die Benützung des Beachvolleyballfeldes ist gemäss Bauverwalter wie bei allen anderen Sport- und Spielanlagen der Gemeinde für die Öffentlichkeit nur ausserhalb der Unterrichtszeiten gestattet. Die CVP-Fraktion bittet also um die Unterstützung für die Beachvolleyballanlage.

Christoph Merkli, GFL: Die GFL Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates im Grundsatz zu. Wir beantragen aber eine leichte Erweiterung des Beschlusses, damit der Gemeinderat die Standortfrage bei der Schule noch einmal erörtern kann. Aufgrund der Abstimmung des Virtuellen Jugendparlamentes scheint uns der Bedarf für ein solches Feld im Zentrum gegeben. Es ist ein Wunsch der Jugendlichen, diesem kann man mit einem vergleichsweise günstigen Betrag entgegenkommen, wenn man auch noch bedenkt, dass schätzungsweise 10 % der Kosten vom Kanton getragen werden. Der Preis von Fr. 50'000.00 ist nur noch halb so hoch, wie derjenige in der Vorlage zum Allwetterplatz. Günstiger wird es vor allem weil man eine mobile Anlage wählt und weil man die Synergien mit der Realisierung des Allwetterplatzes nutzen kann. Man muss sich bewusst sein, wenn man nun den Gemeinderat beauftragen würde einen anderen Standort zu suchen, die Gefahr besteht, dass die Kosten höher ausfallen. Über den richtigen Standort haben wir in der Fraktion ausgiebig diskutiert. Wir konnten rund sieben andere Standorte ausfindig machen, welche aber alle vermutlich mit dem einen oder anderen Nachteil verbunden sind. Die Bedenken welche seitens der Schulleitung des Zentrum-Schulhauses via E-Mail geäussert worden sind, stellen aus unserer Sicht keine zwingenden Gründe gegen den Bau eines Beachvolleyballfeldes dar. Der Faktor Lärm wurde ins Feld geführt. Hier haben wir den Eindruck, dass dieser vor allem ausserhalb der Unterrichtszeiten entsteht. Wie vorhin schon erwähnt besteht hier die gleiche Problematik wie beim Allwetterplatz. Es wird ausserdem befürchtet, dass sich zu viele Jugendliche, nebst den Primarschülerinnen und Primarschülern, auf diesem Platz aufhalten würden. Diese Durchmischung erachten wir nicht als ein grundsätzliches Problem. Auch das Problem des Sandes, welcher die Schulhäuser verunreinigen soll, haben wir diskutiert. Auf diesen Aspekt muss man im Rahmen des täglichen Betriebes sicher einen Blick werfen und zusammen mit den Jugendlichen eine Lösung finden. Es wird auch nicht zu vermeiden sein, dass der Hauswart ein Auge auf die Anlage werfen muss. Denn schliesslich befindet sich die Anlage auf dem Schulareal, so wie auch der Allwetterplatz. Sollte es mit der Beachvolley-

ballanlage wider Erwarten zu Problemen kommen, hätte man auch noch die Möglichkeit die Anlage an einen anderen Standort zu versetzen, da die Anlage schliesslich mobil ist. Es lässt sich nicht wegdiskutieren, dass mit der Realisierung der Beachvolleyballanlage ein Teil der Rasenfläche verschwindet. Aber dank der SVP und dem Beschluss des Grossen Gemeinderates wird der Allwetterplatz um 240m² kleiner, wenn man nun die eingesparte Fläche des Beachvolleyballfeldes abzieht, dann werden von der Rasenfläche nur noch 68m² konsumiert. Somit bleibt ein grosses Stück Rasenfläche übrig, welches man nutzen kann. Es kommt hinzu, dass man diesen Rasen auch nicht immer nutzen kann, beispielsweise wenn er wegen Nässe gesperrt ist. Dann stünden eben der Allwetterplatz sowie das Beachvolleyballfeld zur Verfügung. Wir teilen die Kritik der Schulleitung nicht. Es ist uns aber trotzdem wichtig, dass man mit der Schule eine einvernehmliche Lösung finden kann. Es wäre schade, wenn diesem Beachvolleyballfeld von Anfang an ein Makel anhaften würde. Es ist uns klar, dass man diese Gespräche früher hätte führen müssen. Vermutlich hätte sich auch die Schulkommision mit diesem Thema befassen müssen. Denn dieses Beachvolleyballfeld hat nicht nur bauliche Aspekte sondern auch pädagogische und betriebliche. Wir haben einmal mehr die Stellungnahme einer direkt betroffenen Kommission in einer Vorlage vermisst. Dies wäre wichtiger und besser gewesen als das angesprochene E-Mail der Schulleitung. Um dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, noch vor dem Bau mit der Schulleitung zu diskutieren und eventuell sogar einen noch besseren Standort zu finden, möchten wir den Beschluss ein wenig weiter fassen. Wenn man dieses Geschäft nun zurückweisen würde, würde der Antrag früher oder später wieder im GGR behandelt werden und dies möchten wir eigentlich nicht. Umso mehr die Gefahr besteht, dass das Geschäft überhaupt nicht mehr im Parlament behandelt wird. Im Grundsatz ist für uns klar, dass wenn wir ein Beachvolleyballfeld erstellen wollen, dieses im Zentrum liegen und nicht mehr als Fr. 50'000.00 kosten soll. Darum schlagen wir folgende Beschlussformel vor: "Für die Erstellung eines Beachvolleyballfeldes auf der Schulanlage Oberdorf oder einem anderen zentral gelegenen Ort, wird ein Nachkredit von Fr. 50'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto Nr. 217.503.47) bewilligt".

Reto König, SP: Auch die SP Fraktion unterstützt grundsätzlich diesen Nachkredit für die Beachvolleyballanlage. Dies entspricht auch dem Leitbild in Bezug auf die Förderung von Sport und somit Förderung der Gesundheit. Wir sehen hier vor allem auch einen pädagogischen Nutzen, indem man das Postulat des Jugendparlamentes genehmigt. Dies zeigt den Jugendlichen, dass das aktive Teilnehmen an der Demokratie durchaus einen Nutzen haben kann. Dies erachten wir als enorm wichtig. Grundsätzlich sehen wir an diesem Geschäft fast nur Vorteile. Aber wir haben ein grosses Problem mit dem Nicht-Miteinbezug der Schulleitung und der Schulkommision. Daraus resultiert der sehr suboptimale Standort dieses Beachvolleyballfeldes. Die Bedenken der Schulleitung sind bereits geschildert worden. Ich habe noch mit Schülern gesprochen. Meine Kinder gehen zum Teil in die Sekundarschule und zum Teil in die Primarschule. Ich habe mit ihnen und ihren Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Die Sekundarschüler möchten die Anlage lieber beim Sekundarschulhaus. Die Primarschüler hätten es lieber, wenn sich die Sekundarschüler nicht auf ihrem Platz aufhalten würden. Man muss sich vor Augen führen: Beachvolleyball ist kein Sport für Primarschüler. Beachvolleyball ist eine Sportart für Teenager und junge Erwachsene. Wir haben vor zwei Monaten in diesem Parlament über die Aussenraumgestaltung zwischen den beiden Primarschulhäusern gesprochen. Damals wurde argumentiert, dass die Nutzniesser dieses Platzes jung, bzw. 6 bis 12 Jahre alt sind. Man müsse deshalb kein "full-size" Basketballfeld realisieren, man müsse keine Beleuchtung erstellen. All dies bräuchten Primarschüler nicht. Wir haben damals eine gute Lösung, mit einem ganz klaren Zielpublikum, beschlossen. Das Zielpublikum waren die Primarschüler. Jetzt relativieren wir, mit dem zwar begrüßenswerten Entgegenkommen bezüglich des Postulates des Jugendparlamentes, diese gute Lösung. Die Bedenken, welche die Schulleitung geäussert hat, äussern auch die Schüler. Die Schüler sind in den Pausen nicht unbedingt gerne durchmischte. Die Schüler, "Gymeler" und Sekundarschüler bevorzugen es in der Pause unter sich zu bleiben. Die Primarschüler, welche teilweise im Sekundarschulhaus den Sportunterricht geniessen und dann in der Pause zu ihrem Schulhaus zurückkehren müssen, erachten dies als Problem. Nach unserem Leitbild sollen wir Begegnungsräume schaffen und fördern. Durch das Beachvolleyballfeld schaffen

wir zwar einen neuen Begegnungsraum, schaffen aber einen bestehenden durchdachten Begegnungsraum aus der Welt. Uns ist allen klar, dass das Beachvolleyballfeld, wenn überhaupt, nur in den unterrichtsfreien Zeiten benützt werden darf. Unterrichtsfreie Zeiten sind typischerweise, ausser mittwochs, nach 18.00 Uhr Abends. Es existieren dann noch Wahlfächer, in denen die Teilnehmenden genauso wenig gestört werden möchten wie im regulären Unterricht. Die mutmassliche Nutzzeit des Beachvolleyballfeldes umfasst die Zeit nach 18.00 Uhr bis zum Einbruch der Dämmerung. Da keine Beleuchtung realisiert werden soll, wird Nutzungszeit noch weiter reduziert. Allenfalls am Wochenende kann noch Beachvolleyball gespielt werden. Somit wird der Wert der Investition in Frage gestellt. Beachvolleyball ist eine typische Sommersportart welche in Bade- oder Sportbekleidung gespielt und nicht in Kleidern, in welchen die Kinder zur Schule gehen. Das Thema des Sandes wurde hier bereits angesprochen. An Standorten mit einem Beachvolleyballfeld benötigt man zwingend zusätzliche Einrichtungen wie Umkleidekabinen, Duschen etc. Wenn man dies alles nicht hat, entsteht zwangsläufig ein Chaos. Es existieren andere Standorte in Zollikofen, welche zwar etwas weniger zentral sind aber die Anforderungen nach einer flankierenden Infrastruktur besser erfüllen würden. Die SP will nicht, dass dieses Geschäft abgelehnt wird. Die SP weist dieses Geschäft mit dem Auftrag, einen besseren Standort für dieses wünschenswerte Beachvolleyballfeld zu suchen, zurück.

Präsident: Es verhält sich so, dass über Rückweisungsanträge gemäss Art. 30 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates, nach der Detailberatung abgestimmt wird. Aus diesem Grund wird die Detailberatung weitergeführt. Welche Fraktion möchte sich melden?

Urs Julmy, FDP: Das Meiste wurde bereits gesagt, ich möchte dennoch kurz die Haltung der FDP darlegen. Wir kennen alle Beachvolleyball, dieser Sport ist hip und cool. Wir kennen das Spiel vom Hirzenfeld, wir kennen es vom Marzili-Bad und wir kennen es vom Bundesplatz auf welchem die Schweizermeisterschaften durchgeführt werden. Es ist übrigens auch eine olympische Disziplin. Beachvolleyball ist verbunden mit Jugendlichkeit mit Lärm, Musik und Jubel und Trubel. So viel zur Ausgangslage. Die Eingabe erfolgte durch das Jugendparlament. Wir nehmen diese Eingabe ernst und wollen diese wohlwollend und ernsthaft prüfen. Das Postulat wurde übrigens mit einer deutlichen Mehrheit von zwei Dritteln überwiesen. Die im Antrag beschriebene fachliche Lösung erscheint uns zweckmässig. Die erhöhte Lösung, welche zumindest theoretisch eine Verschiebung der Anlage erlaubt erscheint uns adäquat und sinnvoll. Ich habe schon erwähnt, dass im Antrag die Stellungnahme des direkt betroffenen Schulhauses fehlt. Diese ist dann später noch eingetroffen. Die Einschätzung der FDP Fraktion deckt sich mit der Einschätzung der Schulleiter dieses Schulhauses. Wir sind der Meinung, dass der Standort sehr suboptimal ist. Dies aus den Gründen wie mein Vorredner schon ausgeführt hat. Er hat dies sehr gut und ausführlich dargelegt. Es wird ein anderes Zielpublikum angesprochen, es bringt Lärm und Dreck mit sich und verträgt sich somit nicht unbedingt mit der Primarstufe. Wir sind deshalb zum Schluss gekommen, dass wir einen Rückweisungsantrag stellen wollen bzw. uns dem Rückweisungsantrag der SP anschliessen, mit dem Auftrag einen besser geeigneten Standort zu prüfen.

Präsident: Das Wort ist noch für die Fraktionen offen.

Pierre-Yves Crettenand, EVP: Wir werden dem vorliegenden Antrag zustimmen. Es wurde bereits viel über den Standort gesprochen. Ich muss sagen, dass ich keinen besseren Ort für dieses Beachvolleyballfeld sehe. Ich denke, wenn am Abend auf dem Feld Beachvolleyball gespielt wird, spielt es keine Rolle ob das Feld beim Sekundarschulhaus oder beim Primarschulhaus realisiert wird, die Schüler werden ohnehin nicht mehr vor Ort sein. Für mich gibt es noch einige Kleinigkeiten zu bemerken: Es wäre sinnvoll, wenn in der Nähe des Spielfeldes ein Rechen aufbewahrt würde. Denn wenn man Volleyball spielt, entsteht in der Mitte des Spielfeldes mit der Zeit eine Vertiefung, mit dem Rechen könnte man diese Unebenheit wieder ausgleichen. Diesen Rechen könnte man am Zaun befestigen, das sollte kein Problem sein. Ausserdem müsste das Netz verstellbar sein, dass auch jüngere Schüler auf dem Feld Volleyball spielen können. Dann noch etwas zum Faktor Sonne: Es ist nicht angenehm

gegen die Sonne zu spielen. Ich nehme an, dass das geplante Beachvolleyballfeld Nord-Süd ausgerichtet ist. Grundsätzlich stehen wir hinter diesem Projekt und sind überzeugt, dass das Beachvolleyballfeld auch rege genutzt wird. Es existieren an vielen anderen Schulen auch Beachvolleyballfelder und es ist meines Wissen nirgends ein grösseres Problem. Bis anhin hat noch nirgends jemand auf dem Beachvolleyballfeld ein Feuer entzündet. Auch Beachpartys auf dem Beachvolleyballfeld stehen wohl nicht auf der Tagesordnung. Ich hoffe auch, dass dies in Zollikofen nicht passieren wird.

Markus Burren, SVP: Eine Rückweisung ist schon recht, aber man sollte dann auch wissen welche Alternativen zur Auswahl stehen. Ich blicke nach links, nach rechts und nach hinten und man hört Voten, dass nach einem neuen Standort Ausschau gehalten werden soll. Sind den entsprechende Ideen vorhanden? Gibt es Möglichkeit im Zentrum, oder wollt Ihr euch nur vor einem Beschluss verstecken? Ich bin kein grosser Fan dieses Beachvolleyballfeldes. Aber die Befürworter sollen nun eine Alternative vorschlagen und dann können wir über diese abstimmen. Ich würde schon noch einen Standort sehen, aber wir lassen nun auch mal die anderen ein wenig nachdenken.

Präsident: Damit haben sich die Fraktionen geäussert und das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Ich bin nun trotz meiner Abmeldung zur Sitzung heute Abend erschienen. Wir hatten vorhin Hauptversammlung des Altersheimvereins. Dort haben sie gedacht ich werde nicht erscheinen und auch hier haben sie gedacht ich werde nicht kommen. Ich bin nun trotzdem hier. Über das vorliegende Geschäft müssen wir gar nicht viel diskutieren, wir haben diesem so zugestimmt. Es ist von Vorteil, dass die Anlage mobil ist. Sollte es wirklich nicht funktionieren, kann man die Anlage allenfalls beim Geisshubel-Schulhaus aufstellen. Dort hat es genügend Platz und auch entsprechend viele Parkplätze. Dies ist nötig, da Beachvolleyball viele Zuschauer anlockt und dementsprechend auch viele Einnahmen aus dem Fernsehbereich generiert. Man sollte dann auch ein entsprechendes Fest organisieren. Die Gemeinde Gstaad hat dies begriffen. Es wird eine Tennisanlage in eine Beachvolleyballanlage umgewandelt. Wieso haben sie derart viele Zuschauer? Weil es Tenue-Vorschriften gibt. Die Zuschauer können sich dann an den knapp bekleideten Frauen erfreuen. Sport ist wichtig und wir unterstützen alle Aktivitäten im Bereich des Sports und der Jugendlichen. Das nächste Geschäft beinhaltet das Thema Integration. Auch hier spielt der Sport eine grosse Rolle. Man gibt grosse Geldbeträge für Suchtprävention aus. Beim Sport existiert ein Team, die einzelnen Teammitglieder kommen auf andere Gedanken und es wird ein Gemeinschaftssinn entwickelt. In dieser Vorlage kommt noch ein weiterer wichtiger Punkt zum Tragen, nämlich die Fronarbeit der Jugendlichen. Diese Fronarbeit kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Dadurch entwickeln die Jugendlichen eine gewisse Beziehung zu dieser Anlage. Was mich ein wenig gestört hat ist, dass erwähnt wurde, dieser Sport sei nicht für Primarschüler geeignet. Ich wollte den Antrag stellen, dies ist nun bereits geschehen, dass man ein Netz wählt, welches sich in der Höhe verstellen lässt. Es ist wichtig, dass auch die Jüngeren diese Sportart erlernen können. Man kann eine Sportart nie früh genug erlernen. Dies gilt für Tennis, darum haben wir so gute Tennisspieler, wie auch im Hockey. In jeder Sportart verfügt die Schweiz eigentlich über gute Sportlerinnen und Sportler, da die Jugendförderung bei uns glücklicherweise sehr früh beginnt. Wenn man dies nun mit einem entsprechenden Fest propagiert, kann man allenfalls auch diejenigen, welche ein wenig verknöchert sind dazu motivieren.

Reto König, SP: Ich kann natürlich schon einen Standort vorschlagen. Ich denke nur nicht, dass wir heute Abend seriös einen anderen Standort beschliessen können. Dies benötigt weitere Abklärungen und letztendlich geht es auch um die entsprechenden Kosten. Ich könnte mir vorstellen, dass man eine solche Anlage beim Geisshubel-Schulhaus realisieren könnte. Dort existiert eine Infrastruktur für Sportanlagen. Die Punkte welche ich beim vorgeschlagenen Standort vermisst habe, Dusche und Umkleidekabinen, wären dort vorhanden und ich könnte mir vorstellen, dass es beim Geisshubel-Schulhaus besser geeignet wäre. Aber dies

ist nur ein Vorschlag. Ich hätte bevorzugt, dass dieses Geschäft unter anderem in der Schulkommission behandelt worden wäre, dann hätte man seriös Alternativen prüfen können. Darum schlagen wir keinen konkreten neuen Standort vor, auch wenn Ideen vorhanden wären, sondern weisen das Geschäft zurück, damit ein idealer Standort seriös abgeklärt werden kann.

Marianne Baumann, SVP: Wieso weist man eine solche Anlage zurück, wenn diese doch mobil ist? Wenn die Anlage mobil ist, kann man diese, sollte der gewählte Standort nicht optimal sein, an einem anderen Ort wieder aufbauen. Wenn die Anlage beim Geisshubel-Schulhaus realisiert wird, dann kann man auch gleich direkt ins Schwimmbad Hirzenfeld gehen. Denn im Hirzenfeld hat es zwei Anlagen und auch ein Schwimmbad. Kurz: Dort ist alles vorhanden. Wenn eine solche Anlage errichtet werden soll, bin ich der Meinung, sollte diese möglichst zentral gelegen sein.

Thomas Ackermann, CVP: Bitte erinnert euch daran, was Joseph Crettenand bezüglich des Sandes gesagt hat. Es wird ein Sand sein welcher keine grossen Probleme aufwerfen wird. Ihr habt euch sicher bei anderen Schulhäusern bezüglich Beachvolleyballanlage informiert, zumindest hoffe ich dies, und dort hat man mit dem Sand auch keine Probleme. Nun noch bezüglich des Störens des Unterrichtes: Ich erinnere daran, dass die Anlagen nach der Unterrichtszeit benützt werden dürfen, dies ist so geregelt. Nun noch zum Aspekt, dass Schüler von anderen Schulhäusern die Anlage benützen werden. Soviel ich weiss, wechseln die Sekundarschüler nicht während den Pausen das Schulhaus. Dieses Problem sehe ich eigentlich auch nicht. Überlegt euch bitte, ob eure Aussagen auch Hand und Fuss haben.

Präsident: Weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Ansonsten würde ich dem Gemeinderat das Wort erteilen.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Ich werde versuchen alle Fragen und Bemerkungen zu beantworten bzw. zu gewichten. Thomas Ackermann hat gesagt, dass die Jugendlichen beim Bau der Anlage mithelfen müssen. Für mich ist dies ganz klar und die Jugendlichen haben auch bereits signalisiert, dass sie bereit sind beim Bau mitzuhelfen. Christoph Merkli hat erwähnt, dass es sich um eine mobile Anlage handelt. Ich möchte dies etwas relativieren. Es kann nicht grundsätzlich von einer mobilen Anlage gesprochen werden. Die Beachvolleyballanlage kann an einen anderen Standort versetzt werden. Das stimmt. Der Aufwand kann nicht genau beziffert werden, es würde sich vor allem um Einsatzstunden des Werkhofes handeln. Es ist aber machbar. Beim Vorschlag von Christoph Merkli bzw. von seiner Fraktion, dass man den Antrag leicht abändert, sehe ich ein Problem. Sie beschliessen heute Abend Fr. 50'000.00. Nun kostet die Anlage an einem anderen Standort aber mehr. Was passiert dann? Ich komme nun zu den Bemerkungen von Reto König. Ich möchte ganz klar sagen, dass es nicht vorgesehen ist, dass die Jugendlichen während der Pause Beachvolleyball spielen. Das ist ganz klar und ich möchte dies noch einmal betont haben. Zur Zurückweisung: Zwei Parteien, SP und FDP haben eine solche vorgeschlagen. Ich möchte zum Rückweisungsantrag aufgrund des falschen Standortes folgenderweise Stellung nehmen: Das Wort "falsch" steht für mich in Anführungszeichen. Jeder andere Standort wird für die Platzvorbereitung mehr kosten. Dazu wird jede Synergie mit dem Bau des Allwetterplatzes ausfallen. Da die Anlage mit einem neuen Standort nichts mehr mit dem Allwetterplatz Oberdorf zu tun hätte, somit keine Einheit der Materie mehr bestünde, müsste ein neues Geschäft ausgearbeitet werden, welches in die ausschliessliche Kompetenz des Gemeinderates fallen würde. Falls heute Abend dem Rückweisungsantrag zugestimmt würde, ist der Gemeinderat trotzdem einverstanden das Geschäft nochmals dem Grossen Gemeinderat zu unterbreiten. Wenn die Beachvolleyballanlage nicht im Zentrum realisiert würde, zum Beispiel beim Steinibach- oder Geisshubelschulhaus, würde es dem Postulat des Jugendparlamentes nicht entsprechen und die Ausnützung der Anlage würde deutlich schlechter. Nebenbei gesagt wird die Infrastruktur beim Schulhaus Geisshubel schon sehr stark beansprucht. Eine Zurückweisung wird das Aus des Projektes bedeuten, weil wohl kein anderer geeigneter Standort gefunden werden kann. Davon bin ich überzeugt. Die technischen Anregungen von Pierre-

Yves Crettenand nehme ich gerne entgegen. Markus Burren hat gesagt dass eine Rückweisung einfach sei, doch welche Alternative käme dann in Frage. Ich bin Abnehmer von guten Vorschlägen. Man kann auch einfach sagen der Gemeinderat müsse einen alternativen Standort suchen, das ist einfach. Aber wenn im Rat gute Ideen vorhanden sind bin ich offen und würde diese gerne hören. Ich denke somit habe ich alle Fragen und Stellungnahmen berücksichtigt.

Präsident: Wir sind noch bei der Bereinigung der Vorlage. Ist der Vorschlag der EVP somit erledigt oder braucht es in der Vorlage eine Ergänzung bzw. gibt es hierzu einen Antrag? Es handelt sich somit um keinen Antrag. Ich fasse zusammen: Es liegen zwei Rückweisungsanträge vor, welche identisch sind. Ich gehe davon aus, dass man diese beiden Rückweisungsanträge als einen einzigen Rückweisungsantrag behandeln kann. Ist dem seitens der Antragsteller so? Die Rückweisung sagt auch klar, dass ein "besserer" Standort gefunden werden muss. Somit kommen wir zu diesem Rückweisungsantrag.

Christoph Merkli, GFL: Ich denke zuerst müssen wir über meinen Antrag abstimmen und ganz am Schluss dann über den Rückweisungsantrag.

Präsident: Besten Dank für den Hinweis. Der Antrag der GFL würde den Antrag des Gemeinderates, folgendermassen ergänzen: Im bestehenden Antrag des Gemeinderates würde nach (...) auf der Schulanlage Oberdorf (...) folgender Einschub ergänzt: "oder einen anderen zentralen Standort". Ist das richtig?

Christoph Merkli, GFL: "oder einen anderen zentral gelegenen Ort".

Präsident: "oder einen anderen zentral gelegenen Ort".

Christoph Merkli, GFL: Jawohl.

Präsident: Die Diskussion ist noch offen, gibt es eine Verständigungsfrage?

Markus Burren, SVP: Dann sagt doch wo dieser Standort sein soll. Es würde uns interessieren. Wenn ein anderer Standort im Zentrum gesucht werden soll, möchten wir gerne wissen wo? Mehr braucht es nicht. Man kann dies schon so machen, aber es ist nicht ideal.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Hierbei fühle ich mich persönlich betroffen und ich möchte eine Erklärung dazu abgeben. Hier im Parlament sind schon Geschäfte zurückgewiesen worden, welche monatelang vorbereitet worden sind. Ich erinnere an den Neubau der Gemeindeverwaltung, hier ging die Rückweisung von der SVP aus. Damals wurde auch nicht gesagt wo ein Neubau zu stehen kommen soll. Die SVP hat es einfach abgelehnt. Es ist nicht so, dass keine Ideen vorhanden sind. Es wurden einige Ideen geäussert. Es sollte doch möglich sein mit dem Jugendparlament und der Schulleitung noch einmal das Gespräch zu suchen, wie zentral denn das Beachvolleyballfeld eigentlich sein muss.

Präsident: Es hat sich noch Bruno Vanoni gemeldet. Das Wort wird zurückgezogen. Möchte sich der Gemeinderat noch einmal äussern, da er üblicherweise das Schlusswort hat.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Ich habe trotzdem noch eine Bemerkung. Ich hoffe Sie beschliessen heute Abend Fr. 50'000.00. Ich hoffe natürlich Sie unterstützen den Antrag des Gemeinderates, das ist klar. Aber wenn man den Text im Sinne der GFL ändert und die Kosten Fr. 50'000.00 übersteigen, was passiert dann? Wenn man die Anlage hier auf dem Pausenplatz realisieren will, entstehen Mehrkosten für die Vorbereitung des Platzes. Das ist ganz klar.

Präsident: Ich sollte die Diskussion nun schliessen, da der Gemeinderat das letzte Wort hat. Es sei denn es sind noch Verständigungsfragen im Raum. Aber ich glaube das ist nicht der

Fall. Ich komme zur Abstimmung. Es liegt ein Antrag der GFL vor, welche folgende Ergänzung des Antrages des Gemeinderates vorschlägt: Nach der Formulierung (...) Schulanlage Oberdorf (...), wird folgender Einschub eingesetzt: " oder einen anderen zentral gelegenen Ort".

Abstimmung:

Für den Antrag der GFL: 10 Stimmen

Gegen den Antrag der GFL: 16 Stimmen

Der Antrag der GFL wird mit 10 zu 16 Stimmen abgelehnt.

Präsident: Nun kommt der Rückweisungsantrag zur Abstimmung. Der Rückweisungsantrag mit der Begründung einen besseren Standort ausfindig zu machen.

Abstimmung:

Für den Antrag der SP: 12 Stimmen

Gegen den Antrag der SP: 13

Der Rückweisungsantrag der SP wird mit 13 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Präsident: Nun kommen wir noch zur Gesamtabstimmung bzw. zum Antrag des Gemeinderates so wie er in Bericht und Antrag aufgeführt ist.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst mit 18 zu 1 Stimmen:

Für die Erstellung eines Beachvolleyballfeldes auf der Schulanlage Oberdorf wird ein Nachkredit von Fr. 50'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto Nr. 217.503.47) bewilligt.

30 1.530. INTEGRATION

Integration (Motion Marc Müller und Mitunterzeichnende)

Präsident: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Die GPK hat Wort.

Peter Traber, GPK: Die GPK hat mit Interesse vom Konzept zur Integrationspolitik Kenntnis genommen. Wir danken dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit. Obschon dieses Geschäft nur Kenntnisnahme vorliegt, hat die GPK Bemerkungen anzubringen. Die Motion welche vom Grossen Gemeinderat am 28. Januar 2009 überwiesen worden ist, verlangt, dass Massnahmen zur Integration getroffen werden. In dem uns vorliegenden Dokument ist die Auftragserledigung nicht ersichtlich. Das vorliegende Dokument hat eher den Charakter einer Voranalyse, in welcher der Ist-Zustand beschrieben ist. Im Hinblick auf die Erfüllung des Auftrages dieser Motion ist die GPK zum Schluss gekommen, dass noch einige Punkte zu be-
anstanden sind: Wir vermissen in der vorliegenden Beurteilung die Wirkung des Angebotes, wie dies in Ziffer 4 des Konzeptes festgehalten ist. Welches Fazit zieht man aus diesen Erkenntnissen und welche Massnahmen drängen sich dementsprechend auf? Es ist überhaupt nicht greifbar, welche Massnahmen folgen sollen. Der zweite Punkt betrifft Ziffer 3. Hier wird auf eine Person hingewiesen, welche die Integrationspolitik bewirtschaftet und koordiniert. Nach Auffassung der GPK ist das eher eine passive Haltung. Wir sind eigentlich der Meinung, dass es in dieser Frage über eine Person bzw. Stelle verfügt, welche sich aktiv mit diesem Thema befasst und den ganzen Prozess der Integration führt und steuert.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich möchte dem Gemeinderat und dem Runden Tisch Integration (RTI) danken, welcher dieses Konzept in mehreren Sitzungen und Klausuren und einem auswärtigen Büro unter der Leitung von Eva Baltensperger erarbeitet hat. Es sind grosse Leistungen erbracht worden, dafür bedanken wir uns recht herzlich. Ich möchte nicht wiederholen was im Papier bereits enthalten ist. Ich möchte auf die Fragen und Bemerkungen der GPK zurückkommen. Um ein Konzept zu erarbeiten braucht es immer eine Ist-Aufnahme, sprich eine Lagebeurteilung, ohne geht es nicht. Dies haben wir auch beim Kulturkonzept aufgezeigt. Aus der Lagebeurteilung bzw. der Ist-Aufnahme sind die Leitsätze, die Handlungsfelder und die Ziele entstanden, welche alles klar beschreiben. Erst in einem zweiten Schritt ist es vorgesehen konkrete Massnahmen zu definieren. Die Massnahmen, welche die GPK vermisst, von denen wissen wir selber noch nicht was genau diese umfassen werden. Diese Massnahmen werden von den einzelnen Personen und Problemfällen ausgehen. Das sind die konkreten Problemfelder welche wir angehen müssen. Aus diesen werden dann auch die konkreten Massnahmen erwachsen. Es kommt noch hinzu, dass die gesetzlichen Vorschriften des Kantons betreffend Integration, voraussichtlich erst anfangs 2012 zum Tragen kommen. Daraus ergibt es sich, dass wir das Konzept überarbeiten müssen. Wahrscheinlich müssen wir Angleichungen vornehmen und einzelne Massnahmen ergänzen. Ich komme noch zur möglichen Person einer Informationsbeauftragten oder eines Informationsbeauftragten. Eine solche Person haben wir noch nicht. Aber wir verfügen über einen Stellenbeschrieb. Das entsprechende Profil ist vorgegeben, damit wir eine solche Person mit dieser Aufgabe beauftragen können. Ein möglicher Stellenbeschrieb existiert ebenfalls und ist bereits in ein mögliches Aufgaben- und Pflichtenheft eingeflossen. Selbstverständlich muss dieses Aufgaben- und Pflichtenheft noch einmal überarbeitet und korrigiert werden. Im Namen des Gemeinderates bitte ich das Parlament dieses Konzept positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Bevor wir mit der Diskussion beginnen hätte ich einen Vorschlag bezüglich des Vorgehens: Zuerst führen wir eine allgemeine Diskussion, dann gehen wir das Konzept mit Aufnahme von Bemerkungen seitenweise durch und am Schluss gelangen wir dann zu Bericht und Antrag. Ist das Parlament mit diesem Vorgehen einverstanden? Somit ist die allgemeine Diskussion für die Fraktionen offen. Wem darf ich das Wort erteilen?

Markus Burren, SVP: Die Zusammenstellung zeigt auf, dass die Gemeinde Zollikofen bereits heute sehr viel für die Integration unternimmt. Dies kann man bereits erkennen, wenn man nur die Seiten 9 bis 21 studiert. Man kann hier lesen, was die Gemeinde Zollikofen bereits alles anbietet, und dies notabene ohne Konzept. Braucht es überhaupt eine neue Stelle? Dies ist für uns in Frage gestellt. Vielleicht noch eine kleine Korrektur aus unserer Sicht: Der Runde Tisch Integration ist ein Mitwirkungsorgan und kein beratendes Organ des Gemeinderates. Auf Seite 5 unten ist dies unserer Ansicht nach nicht korrekt geschildert. In den Leitsätzen des Konzeptes und in der Motion von Marc Müller steht, dass die Anerkennung unserer Strukturen, Gesetze und Sitten in der Verantwortung der zu Integrierenden liegt. Es liegt hier nicht unbedingt an uns sondern an den zu Integrierenden. Somit erwarten wir auch, dass diese sich um Integration bemühen. Wir verfügen über genügend Möglichkeiten wie beispielsweise einem Verein beizutreten. Die Möglichkeiten sind sehr gross, man beachte wie schon erwähnt die Seiten 9 bis 21 des Konzeptes. Diejenigen welche sich nicht integrieren wollen, können wir auch nicht dazu zwingen. Für uns ist klar, dass wir bereits sehr viele Angebote ohne Konzept anbieten. Ab 2012 müssen wir wohl entsprechende Massnahmen ergreifen, aber ich möchte nicht vorher Hand bieten um in diesem Bereich Massnahmen zu ergreifen.

Denise Mellert, CVP: Wir von der CVP Fraktion haben dieses Konzept ebenfalls zur Kenntnis genommen und begrüssen, dass sich in Zollikofen die Gruppe "Runder Tisch Integration" mit dem Thema Integration auseinandergesetzt hat. Somit wurde auch eine Aufstellung der bereits bestehenden Angebote realisiert. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass es in

Zollikofen bereits viele Angebote gibt. Aber wir schliessen uns nebst dem, der Argumentation der GPK vollumfänglich an. Das Konzept zeigt unserer Meinung nach etwas zu wenig "Zähne" bzw. konkrete Umsetzungsmassnahmen. Wir danken dieser Gruppe ganz herzlich für Ihre Arbeit.

Elisabeth Wendelspiess, SP: Ich habe heute keine gute Stimme und möchte mich bereits im Voraus für mein allfälliges Husten entschuldigen. Die SP Zollikofen hat sich in der Vergangenheit bereits aktiv mit dem Thema Integration befasst. Dies sowohl im schulischen als auch im ausserschulischen Bereich. Wir danken daher dem Gemeinderat für die Erarbeitung des vorliegenden Integrationskonzeptes. Es bietet einen guten Überblick über die in unserer Gemeinde bestehenden Angebote und zeigt auch wie vielfältig Integration zu verstehen ist. Allerdings hat das Papier noch einige Mängel. Es fehlt eine klare Zieldefinition. Ziel und Massnahmen sind für uns zu wenig konkret formuliert. Es handelt sich lediglich um eine Auflistung des heutigen Ist-Zustandes. Wie will man die Wirksamkeit testen? Wie will man Wirksamkeit in Zukunft überprüfen? Was will man konkret mit dem Konzept erreichen? Was kann man bei der ausländischen Bevölkerung zur Integration einfordern? Ebenso unklar ist, was die Verwaltung mit dem Konzept in Zukunft machen will. Kann sie daraus Rechtswirkungen ableiten? Hat das Konzept verwaltungsanweisende Wirkung? Diese Fragen sind für uns noch offen. Einverstanden sind wir damit, dass das Konzept im nächsten Jahr überprüft und somit auch auf den neusten Stand gebracht werden soll. Wir haben Mühe, wenn man zum jetzigen Zeitpunkt die Motion als erledigt abschreiben möchte. Der Motionär hat ganz klare Aufträge erteilt: Nicht nur die Situation zu analysieren, was man bereits gemacht hat, sondern auch neue Grundlagen zu erarbeiten und entsprechende Massnahmen zu treffen. Das Konzept sagt zu diesen Punkten überhaupt nichts Konkretes. Im Gegenteil, der Gemeinderat hat vorhin erklärt und auch in seinem Papier ausgeführt, dass er ganz auf Integrationsvereinbarungen verzichten möchte. Auch wenn diese insbesondere bei den Sozialhilfeempfängern möglich wären. Wie schon gesagt, ist es schade, dass der Gemeinderat in dieser Hinsicht nicht konkreter wird. Wir sind überzeugt, dass man auf der Grundlage dieses Konzeptes griffige Massnahmen aufzeigen könnte. Aus diesem Grund können wir zwar vom Konzept Kenntnis nehmen, möchten aber die Motion nicht abschreiben. Wir stellen den Antrag die Motion als noch nicht erledigt zurückzuweisen und bitten den Gemeinderat konkrete Umsetzungsmassnahmen aufzuzeigen.

Peter Kofel, GFL: Das vorliegende Konzept zur Integrationspolitik listet, wie gerade gehört, zwar die Leitsätze, Handlungsfelder, Rahmenbedingungen und Angebote auf. Aber im Konzept fehlen eindeutig die konkreten Massnahmen. Diese Massnahmen sind aber in der Motion explizit erwähnt worden. Im Punkt 5 des Berichtes wird darauf verwiesen, dass niemand zur Integration gezwungen werden kann, da keine entsprechenden Sanktionen ausgesprochen werden können. Aber bereits in der Motion wird auf in der Schweiz vorhandene Ansätze hingewiesen. Mittlerweile existiert ein Gesetzesentwurf, welcher Ausländer im Kanton zum ersten Mal per Gesetz verpflichten soll, sich zu integrieren. In Ostermündigen ist beispielsweise ein Projekt mit Integrationsvereinbarungen gestartet worden. Um ein bisschen konkreter zu werden für Personen aus der EU auf freiwilliger Basis und für Personen aus Drittstaaten aber mit der Sanktionsmöglichkeit, dass bei Nichteinhalten die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden kann. Konkret könnte man so zum Beispiel anhand von Erstgesprächen, welcher auf der Gemeinde durchgeführt würden, einen allfälligen Integrationsbedarf feststellen. Sei dies nun ein Sprachdefizit, eine prekäre Wohnsituation oder Arbeitslosigkeit. Mit weiteren Abklärungen könnte dann ein allfälliger Integrationsbedarf festgehalten werden und man könnte dann die entsprechende Integrationsvereinbarung aufsetzen. Der Bericht des Gemeinderates beinhaltet viele Worte aber keine Taten. Es drängt sich auch die Frage auf, ob das PR-Büro a&o die richtige Wahl gewesen ist. Auf deren Homepage ist nichts in Bezug auf die Thematik Integration zu finden. Das Büro verfügt diesbezüglich über keinerlei Erfahrung. Wir befürworten klar die Koordinationsstelle. Wir stellen uns diesbezüglich aber eine Person mit Weisungsbefugnis, finanzieller Kompetenz bzw. einem Startkapital und klarer Erscheinung nach aussen vor. Die Bezeichnung "Mitwirkungs- und Beratungsorgan für Integration" ist unglücklich. Wir regen eine kürzere und klarere Bezeichnung an wie zum Bei-

spiel: "Integrationskommission". Zusammenfassend: Dem Konzept fehlen Massnahmen welche in der Motion explizit gefordert sind. Darum sind wir der Meinung, dass die Motion nicht abgeschrieben werden kann.

Patrick Heimann, FDP: Die FDP nimmt Kenntnis von Konzept und Bericht und verdankt erstmals den Autoren dieses Werk. Besonderen Dank gilt aber auch dem Engagement des Runden Tisches Integration. Dieser Einsatz ist nicht selbstverständlich. Die Fraktion ist mehrheitlich der Meinung, dass mit diesem Bericht des Gemeinderates nicht primär auf das Anliegen des Motionärs eingegangen worden ist. Wir haben diesbezüglich auch mit Marc Müller Rücksprache gehalten. Ich wiederhole die Ausgangslage, welche im Bericht aufgeführt ist: "Der Gemeinderat von Zollikofen wird beauftragt, der mangelhaften Integration entgegen zu wirken und Massnahmen zu treffen, welche die zu Integrierenden zu einer Integration bewegt. Eine Möglichkeit wäre, Integrationsvereinbarungen nach dem Basler-Modell zu treffen". In diesem Konzept finde ich keinen Bezug zu diesem Vorschlag des Basler-Modells. Dies hätte mich sehr interessiert. Das Konzept ist in erster Linie eine Auflistung bzw. eine Analyse. Eine Auflistung von Institutionen, welche für die Integration arbeiten. Bemerkenswert ist die Institution ALP Grauholz (Aktion Lehrstellen und Praktikumsplätze). Dies ist eine wichtige Institution, in welcher ich selber seit nunmehr 3 Jahren als Coach tätig bin. In dieser Institution haben wir ähnliche Probleme. Jugendliche treten mit Vorstellungen an uns heran, dass von nun an ein Coach oder Fachmann nun für sie die Bewerbungen erarbeitet. Dann muss man den Jugendlichen ganz klar mitteilen, dass dies primär ihre Aufgabe ist. Wir bieten den Jugendlichen lediglich eine Begleitung auf Ihrem Weg an. Speziell Ausländerkinder mit Status F oder N, haben es wirklich nicht einfach. Hier funktioniert es nur in Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst, den Schulen und Berufsinformationszentrum, damit wir einen gemeinsamen Weg beschreiten können. Es ist sehr wichtig, dass sich diese Institutionen vernetzen. Ob dies ein Verantwortlicher der Gemeinde realisieren kann, das bezweifle ich. Hier müssen die Institutionen ihre eigenen Erfahrungen machen und ein entsprechendes Netzwerk aufbauen. Wie schon gesagt, hier wiederhole ich meine Vorredner, dieses Integrationskonzept stellt eine Ausgangsanalyse der bisherigen Anstrengungen der Gemeinde und vor allem auch der Institutionen dar. Es listet Institutionen und Akteure auf, welche den Integrationsprozess unterstützen und mittragen. Dieses Konzept ist aus Sicht der FDP Fraktion erst ein Anfang. Und weil Integration ein derart wichtiges Thema ist, kann man dies nicht einfach an einen Verantwortlichen delegieren. Die Fraktion beantragt, die Motion zum heutigen Zeitpunkt nicht abzuschreiben.

Präsident: Das Wort ist weiter offen für die Fraktionen. Das wird nicht gewünscht. Somit ist das Wort offen für alle Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Ich habe nun ganz interessante Ausführungen gehört. Und zwar in Bezug auf den erwähnten Integrationsbeauftragten. Hier bin ich nun ganz zufällig einmal gleicher Meinung wie auch andere in diesem Parlament. Es ist sehr gefährlich, nur eine Person in der Gemeinde für eine solch wichtige Aufgabe zu beauftragen. Ich denke hier an eine Kommission. Diese sollte aber nicht parteipolitisch sondern mit Fachleuten besetzt werden. Dies wäre ein guter Lösungsansatz. Die Motion sollte nicht abgeschrieben werden, dann könnte allenfalls ein besserer Vorschlag ausgearbeitet werden. Mit der Aussage des Gemeinderates, es handle sich bei der Ist-Aufnahme um eine Lagebeurteilung bin ich nicht ganz einverstanden. Wie ihr wisst bin ich militärisch vorbelastet, deshalb stört mich diese Begriffserklärung ein wenig. Die Lagebeurteilung basiert auf dem Auftrag, also dem Ziel. Es müssen die bestehenden Mittel berücksichtigt werden, was wurde bereits realisiert und wie präsentiert sich die Umgebung? Eine Ist-Aufnahme ist nicht mit einer Lagebeurteilung gleichzusetzen. Deshalb wäre es gut wenn wir die Motion zurückweisen.

Präsident: Weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Somit hat der Gemeinderat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich habe noch einige Bemerkungen. Das Konzept selber kann man ja nicht zurückweisen, es liegt lediglich zur Kenntnisnahme vor. Wenn hier vorne jemand über Integration sprechen kann, bin ich hier im Parlament wohl der Einzige der weiss was Integration ist, denn ich bin auch einmal integriert worden. Dies nur als Nebenbemerkung. Nun zum Basler-Modell, welches meine Partei, die FDP angesprochen hat. Wir könnten diese Integrationsvereinbarungen auch in Zollikofen einführen, wenn wir einige Millionen Franken zur Verfügung hätten. Diesen Punkt haben wir natürlich auch geprüft. Das Basler-Modell funktioniert mit Dutzenden von Angestellten, mit PR-Kampagnen und vielen weiteren Massnahmen. Wir haben dies geprüft. Man kann sicher nicht einfach das Basler-Modell eins zu eins auf die Gemeinde Zollikofen umsetzen. Dass wir einen Integrationsbeauftragten brauchen, das wissen wir, es steht ja auch im entsprechenden Papier. Das ist genau das was Markus Burren sagen will. Natürlich verfügen wir in Zollikofen über etliche Programme und Institutionen welche sich mit Integration befassen, aber dies alles geschieht unkoordiniert. Mit entsprechender Koordination können wir Kräfte bündeln, damit die richtigen Personen an die richtige Stelle gelangen können. Nun komme ich auf die geforderten Massnahmen zu sprechen. Diese Massnahmen kenne ich auch noch nicht. Aber diese werden sich ergeben. Dann zur EVP: Ein vorhandener Gesetzesentwurf ist noch kein Gesetz. Ob dieser Entwurf überhaupt jemals als Gesetz verabschiedet wird, das weiss hier im Parlament niemand.

Präsident: Wir kommen nun zum eigentlichen Konzept. Es geht wie schon erwähnt nur um eine Kenntnisnahme. Es ist aber wichtig, dass das Parlament dem Gemeinderat eine entsprechende Rückmeldung gibt. Ich schlage vor, dass wir das Konzept seitenweise durchgehen. Wenn Ergänzungen anzubringen sind, bitte ich die Ratsmitglieder sich entsprechend zu melden. Ich kann dem Gemeindepräsidenten vielleicht noch sagen, dass nicht die EVP sondern die GFL den Gesetzesentwurf erwähnt hat.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Entschuldigung.

Präsident: Ich habe festgestellt, dass es einige irritierte Blicke gegeben hat. Nun zum Konzept.

Seite 4 Keine Bemerkungen

Seite 5 Hans-Jörg Rhyn hat das Wort

Hans-Jörg Rhyn, SP: Zu Punkt 2 und 3 möchte ich bemerken, dass unsere Frage, ob dieses Konzept verwaltungsanweisende Wirkung hat, nicht beantwortet worden ist. Ist es nicht so, dass die gesamte Verwaltung bei den, im Konzept aufgeführten Integrationsprozessen, mitarbeiten könnte. Sollte nicht sogar die ganze Verwaltung den Auftrag bzw. die Pflicht haben im Sinne dieses Integrationskonzeptes bzw. im Sinne allfälliger Massnahmen zu Handeln.

Präsident: Der Gemeindepräsident wird die Frage beantworten.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Entschuldigung, ich habe mir diese Frage aufgeschrieben, habe aber vergessen diese zu beantworten. Das Integrationskonzept ist verwaltungsanweisend. Der Gemeinderat hat das Konzept beschlossen und es ist sowohl für ihn als auch für die Verwaltung bindend.

Präsident: Weitere Bemerkungen zu Seite 5? Das ist nicht der Fall.

Seite 6 Pierre-Yves Crettenand hat das Wort.

Pierre-Yves Crettenand, EVP: Auf Seite 6 in der Mitte: "Handlungsfeld Wohn- und Lebensraum". Hierbei handelt es sich um Ziele. Der erste Punkt in diesem Handlungsfeld lautet: "Die Lebens- und Wohnqualität der Migrant/-innen entspricht derjenigen der einheimischen Bevölkerung". Ich habe mich gefragt wie man dieses Ziel überhaupt erreichen will?

Präsident: Möchte der Gemeinderat hierzu Stellung nehmen? Das ist nicht der Fall. Wir nehmen dies zur Kenntnis. Weitere Bemerkungen zu Seite 6?

Seite 7 Keine Bemerkungen

Seite 8 Keine Bemerkungen

Präsident: Somit kommen wir zu Punkt 4, das wäre der Anhang. Diesen möchte ich als Ganzes zur Diskussion stellen. Gibt es hierzu Bemerkungen?

Toni Oesch, FdU: Auf Seite 19 ganz unten finden wir die Vereine und in Klammer Sport Musik etc. Daneben steht der Verweis: "siehe Broschüre der Gemeinde Zollikofen oder www.zollikofen.ch". Wenn man im Internet die entsprechende Seite anklickt findet man allerlei Hinweise. Ich habe vorhin schon erwähnt, dass der Sport eine ganz wesentliche Funktion im Bereich der Integration hat. Man sollte hier ein wenig mehr schreiben. Es hat auf der Gemeinde einmal ein Gemeindeschreiber-Stellvertreter gegeben, welcher gesagt hat, dass die Turnhallen nur für die Vereine bestimmt seien und dass die Parteien diese nicht nützen könnten. Eine politische Partei ist auch ein Verein. Deshalb müsste man die politischen Parteien im Internet unter der Rubrik "Vereine" auch noch aufführen, denn diese fehlen dort nämlich. Jemand der sich integrieren will, kann dies auch bei uns in den Parteien tun. Ich bin auch nicht à priori für das Ausländerstimmrecht. Es gibt auch Ausländer welche sich im Bereich des Schiesssports engagieren.

Heinz Buser, FDP: Ich bin ein wenig spät, aber es ging mir vorhin auf der Seite 6 zu schnell. Der Satz: "Die Lebens- und Wohnqualität der Migrant/-innen entspricht derjenigen der einheimischen Bevölkerung", ist eine Feststellung. Das stimmt so ja gar nicht. Ich will etwas aufzeigen, also muss man etwas unternehmen. Hierbei handelt es sich nicht um ein Handlungsfeld, denn es ist ja erledigt. Was bedeutet im Handlungsfeld "Kommunikation und Kontakt" folgender Satz: "Die Gemeindeangestellten berücksichtigen die kulturellen Eigenheiten in der Kommunikation mit Migrant/-innen"? Müssen die Gemeindeangestellten nun Fremdsprachen lernen? Dies ist für mich zu wenig konkret. Ob bei diesem Konzept etwas Sinnvolles herauskommt weiss ich nicht.

Präsident: Weitere Bemerkungen zum Konzept? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zu Bericht und Antrag. Zwei Parteien haben einen Antrag gestellt. Gehe ich richtig davon aus, dass wenn das Parlament Nein zur Abschreibung der Motion sagt, wir diesen Anträgen gerecht werden, wenn ich den gemeinderätlichen Antrag zur Abstimmung bringe?

Hans-Jörg Rhy, SP: Über die Abschreibung wird separat abgestimmt.

Präsident: Ja, das ist klar. Dies wäre zur Bereinigung der Vorlage, wenn wir noch über einen weiteren Antrag zu befinden hätten. Dies ist somit machbar. Somit kann ich folgendes feststellen:

1. Vom Integrationskonzept wird Kenntnis genommen.

Präsident: Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Antrag lautet: "Die Motion Marc Müller und Mitunterzeichnende wird als erledigt abgeschrieben".

Abstimmung:

Der Rat beschliesst mehrheitlich

2. Die Motion Marc Müller und Mitunterzeichnende wird nicht als erledigt abgeschrieben.

31 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Zollikofen erneuerbar: Energiepolitisch energisch vorwärts machen!"; Erheblicherklärung

Präsident: Der Motionär hat das Wort.

Bruno Vanoni, GFL: Energiepolitisch energisch vorwärts machen. Wir haben die Motion mit diesem Motto im letzten Juni eingereicht, nachdem unsere Gemeinde mit der Teilabschaffung der Ausnützungsziffer einen energiepolitischen Rückschritt gemacht hatte. Der pionierhafte Nutzungsbonus für Minergie-Bauten ist damit auf einem grossen Teil des Gemeindegebiets weggefallen. Der Gemeinderat hat nun fast zehn Monate gebraucht um eine Antwort vorzulegen. Eine Antwort auf 32 Zeilen übrigens. Doch ich möchte das langsame Tempo bei der Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen diesmal nicht kritisieren. Die Verzögerung ist nämlich eine Chance, eine Chance für uns im GGR, den Vorstoss unter veränderten Rahmenbedingungen neu zu beurteilen. Was ist nämlich geschehen seit der Einreichung der Motion, und vermutlich auch seit in der Gemeindeverwaltung die Weichen für die Antwort gestellt worden sind? In Japan ist es zu einer schlimmen Atomkatastrophe gekommen, die das gleiche Gefahrenpotential hat wie der Reaktorunfall von Tschernobyl. Seit der bedauerlichen Katastrophe von Fukushima ist die Einsicht weitherum gewachsen, dass die Schweiz in Zukunft ohne neue Atomkraftwerke auskommen muss. Das wird nur möglich sein, wenn man verstärkt Energie spart, und zwar ab sofort und schnell. Genau das will die Motion. Energiepolitisch energisch vorwärts machen. Und was will der Gemeinderat? Er will die Motion zu einem Postulat abschwächen obwohl er eigentlich mit dem Inhalt einverstanden ist. Und zudem behauptet er, einzelne Forderungen seien bereits in Arbeit oder sogar erfüllt. Dazu möchte ich im Detail Stellung nehmen. Zum Punkt 1: Hier geht es eigentlich um eine Sofortmassnahme, die den Rückschritt bei der Ausnützungsziffer kompensieren soll. Der Gemeinderat erklärt sich bereit, dazu eine Revision des Baureglements bis Ende 2017 zu prüfen. Bis in mehr als fünfzehn Jahren. Das dauert zu lange und tönt für mich zu wenig verbindlich. Wer wirklich mit dem Energiesparen vorwärts machen will, muss hier ein Zeichen setzen mit einem Ja zur Motion. Kommt dazu, dass das neue Energiegesetz den Gemeinden neue, zusätzliche Möglichkeiten für strengere Vorschriften gibt und zwar unabhängig davon, ob in der kantonalen Volksabstimmung vom 15. Mai die Version des Grossen Rates oder der Volksvorschlag der Gegner angenommen wird. Wir können also sofort mit den Arbeiten an wirksameren Energie-Artikeln im Baureglement beginnen (Münsingen hat das schon vorge macht) und wir geben dem Gemeinderat den entsprechenden Auftrag, wenn wir Punkt 1 als Motion überweisen. Zum Punkt 2: Hier geht es um die Erarbeitung eines Energierichtplanes; das neue Energiegesetz wird Zollikofen dazu verpflichten. Der Gemeinderat schreibt dazu, dieses Vorhaben sei bereits in Arbeit. Aber eigentlich ist die Bauverwaltung erst daran zu prüfen, ob der Energierichtplan gemeinsam mit der Nachbargemeinde Münchenbuchsee ausgearbeitet werden soll. Das könnte im Hinblick auf Kantonsbeiträge finanziell vorteilhaft sein, aber ein gemeinsames Vorgehen birgt auch die Gefahr einer Verzögerung. In Münchenbuchsee ist man nämlich etwas planungsmüde, und in der Planungskommission wurde ein gemeinsamer Energierichtplan noch nicht gross diskutiert. Es dauert also auch noch lange bis der Punkt 2 der Motion erfüllt wird. Dies ist umso bedauerlicher, als finanzielle Mittel dafür bereits im Voranschlag des laufenden Jahres bereitgestellt sind. Mit der Erheblicherklärung der Motion könnten wir dem Gemeinderat gerade auch im Hinblick auf ein gemeinsames Vorgehen mit Münchenbuchsee den Rücken stärken. Zu Punkt 3: Hier geht es um die Erarbeitung einer Energiestrategie. Das macht eigentlich nur Sinn, wenn man eine solche Strategie als Grundlage für den Energierichtplan erarbeitet. Deshalb müsste die Strategie mit den energiepolitischen Zielen Zollikofen eigentlich vorliegen, bevor der Energierichtplan kon-

cretisiert wird. Der Gemeinderat will die Energiestrategie nun im Rahmen der Aktualisierung des Umweltkonzeptes erarbeiten. Aber aufgrund diverser Umstände wird man daran wohl erst im nächsten Jahr richtig arbeiten können. Warum? Die zuständige Umwelt- und Landschaftskommission ist personell geschwächt; sie besteht nur noch aus drei statt aus fünf Mitgliedern; wenn dann mal zwei neue Mitglieder gewählt sind, werden sie sich erst in die Materie einarbeiten müssen. Der Energiefachmann oder man könnte auch sagen der Energiestadt-fachmann auf der Gemeindeverwaltung geht demnächst in Pension. Sein Nachfolger wird sich erst ins Energiestadt-Dossier einarbeiten müssen und daneben noch viele andere neue Aufgaben bewältigen müssen. Angesichts dieser Ausgangslage ist es völlig unverständlich, dass der Gemeinderat es abgelehnt hat, per Nachkredit finanzielle Mittel für eine externe Unterstützung der Umwelt- und Landschaftskommission noch in diesem Jahr bereitzustellen. Wenn wir es ernst meinen mit der raschen Ausarbeitung einer Energiestrategie, müssen wir auch den Punkt 3 in Motionsform überweisen. Nur nebenbei sei gesagt, dass sich andernorts bürgerliche Parteien per Motion für eine rasche Erarbeitung einer Energiestrategie eingesetzt haben: In Köniz beispielsweise haben CVP, FDP und EVP gemeinsam schon im August 2008 eine Energiestrategie verlangt und im Oktober 2009 lag diese dann prompt vor. Bleibt noch Punkt 4: Die Forderung, sämtliche Planungsvorlagen auf eine möglichst sparsame, auf erneuerbare Energien ausgerichtete Energieversorgung auszurichten, ist laut der Antwort des Gemeinderates bereits erfüllt. Das ist aber eigentlich gar nicht möglich, weil die Forderung für die Zukunft gilt, für die Übergangszeit bis zum Vorliegen eines Energierichtplans. Ob die Forderung erfüllt ist werden wir erst sehen, wenn neue Planungsvorlagen in den GGR kommen, beispielsweise die Neueinzonung Lättere, Wohnbauten in der Schäferei oder auch die Gestaltung des Alterszentrums. Erst dann wird sich zeigen, ob Punkt 4 der Motion wirklich erfüllt wird. Mit anderen Worten, es gibt viele gute Gründe die Motion als Motion zu überweisen und nicht als Postulat. Es geht darum, ein klares glaubwürdiges Zeichen zu setzen fürs Energiesparen, gerade jetzt, nach der schlimmen Katastrophe in Japan.

Präsident: Somit hat der Gemeinderat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat beantragt euch die Motion als Postulat entgegen zu nehmen und zwar aus all den Gründen welche aus dem Fazit in Bericht und Antrag hervorgehen. Schritt 4, welchen Bruno Vanoni erwähnt hat, ist wirklich erfüllt, hier verfügen wir über keinen Handlungsspielraum mehr. Weitergehende Vorschriften würde der Kanton gar nie genehmigen. Nun zur Pensionierung von Herrn Merlach: Dass der "Energiepapst" in Pension geht, hat mit der Motion überhaupt nichts zu tun. Auch ohne Motion müsste sein Nachfolger eingearbeitet werden. Diesbezüglich spielt es keine Rolle, ob der vorliegend parlamentarische Vorstoss eine Motion oder ein Postulat ist. Die Zusammenarbeit mit Münchenbuchsee macht Sinn. Wir sind ein solch miteinander verwachsenes Industriegebiet, dass es Sinn macht, dass wir hier Kräfte bündeln könnten und diesen Weg gemeinsam beschreiten könnten. Ich bitte euch dem gemeinderätlichen Antrag, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, zu folgen.

Präsident: Somit ist das Wort offen für die Ratsmitglieder.

Peter Traber, SP: Für die SP Fraktion ist es wichtig, dass sich die Gemeinde im Energiebereich weiterentwickelt. Darum unterstützen wir die Erheblicherklärung der vorliegenden Motion und zwar in Form einer Motion. Für uns sind vor allem zwei Sachen in Vordergrund: Der erste Punkt ist das Ausarbeiten eines Energierichtplanes. Hier stellen wir fest, dass der vorge-sehene Energierichtplan für uns wichtig ist und raschestmöglich verfügbar sein soll. Ich glaube es ist wichtig, dass das Potenzial zur Senkung des Energieverbrauchs rasch bekannt ist, damit auf Stufe Gemeinde die entsprechenden Massnahmen eingeleitet werden können. Die Handlungsfelder, in welchen man erneuerbare Energien einsetzen kann, müssen definiert werden. Der zweite Punkt betrifft die Aktualisierung des Umweltkonzeptes. Hier möchte ich darauf hinweisen, dass wir in der März-Sitzung 2010 darauf hingewiesen haben, dass für uns die Aktualisierung dieses Umweltkonzeptes wichtig ist. Wir brauchen ein Umweltkonzept

mit konkreten Massnahmen und für uns war damals wichtig, dass die Handlungsfelder mit Massnahmen im Bereich Verkehr aufgezeigt und angegangen werden. Aus diesen Gründen werden wir die Erheblicherklärung der Motion unterstützen.

Ralph George, FDP: Die FDP Fraktion unterstützt grundsätzlich die Haltung des Gemeinderates. Wir sind also auch dafür, dass man diesen politischen Vorstoss als Postulat entgegennimmt. Dazu noch einige Bemerkungen: Im Grossen und Ganzen sind wir der Meinung, dass diese Motion offene Türen einrennt. In diesem Bereich ist momentan alles in Bewegung so zum Beispiel die Überarbeitung des Umweltkonzeptes, welches Energie als Thema ebenfalls behandelt. Für mich als Jurist ist es klar, dass wir energiemässig das Rad nicht neu erfinden können. Der Kanton macht diesbezüglich entsprechende Vorgaben und die Gemeinde muss sich an diese Vorgaben halten. Die Gemeinde kann nicht strengere Energievorgaben kreieren als der Kanton vorgibt und unsere Kantonsregierung ist ja bekanntermassen nicht unbedingt bürgerlich. Noch ein dritter Punkt zum Votum von Bruno Vanoni. Ich habe etwas dagegen wenn man Begriffe falsch interpretiert und dann auch noch falsch weitergibt. Wenn man sagt, mit der Abschaffung der Ausnützungsziffer habe man den Energiebonus abgeschafft, dann stimmt dies nicht. Mit der Abschaffung der Ausnützungsziffer entfällt einfach der Minergiebonus, weil dies automatisch darin enthalten ist. Darum ist die Abschaffung der Ausnützungsziffer eigentlich völlig unerheblich in diesem Kontext. Die FDP Fraktion ist also der Meinung, dass man diesen parlamentarischen Vorstoss als Postulat erheblich erklären soll.

Präsident: Das Wort ist weiterhin offen.

Markus Burren, SVP: Ich rede als Sprecher der Fraktion und nicht als einzelnes Ratsmitglied. Die SVP Fraktion sieht im vorliegenden parlamentarischen Vorstoss keinen Motion sondern unterstützt den gemeinderätlichen Vorschlag, diesen als Postulat entgegen zu nehmen. Bereits mein Vorredner hat ausgeführt, dass die entsprechenden Vorschriften auf Stufe Bund und Kanton geregelt werden. Wir sind hier nicht frei. Zudem steht eine entsprechende Volksabstimmung an, je nach Ausgang wird man dann sehen, welche Massnahmen zu treffen sind. Eine Massnahme wäre beispielsweise der Energienachweis. Wir möchten den Vorstoss als Postulat erheblich erklären.

Präsident: Wem darf ich das Wort erteilen?

Toni Oesch, FdU: Kommen nicht zuerst die Fraktionen an die Reihe und dann die Ratsmitglieder?

Präsident: Bei den parlamentarischen Vorstössen ist die Diskussion allgemein offen.

Toni Oesch, FdU: Wir unterstützen diesen parlamentarischen Vorstoss als Motion mit voller Überzeugung. Ich bin nicht ganz einverstanden mit den vorgebrachten Voten in Bezug auf die juristische Darlegung dass, die Aufhebung der Ausnützungsziffer in Zollikofen keinen Einfluss haben soll. Die Aufhebung der Ausnützungsziffer hat in Zollikofen einen grossen Einfluss. Der jetzige Bauvorsteher war gegen eine Aufhebung der Ausnützungsziffer. Ein Minergiebonus wäre ein guter Anreiz. Ich bin in Köniz zur Schule gegangen, dort hat man solchen Massnahmen zugestimmt. Köniz ist für mich immer noch eine Vorbildgemeinde. Die ganze Energieproblematik müssen wir nun angehen. Es heisst immer der Kanton wird etwas machen, aber wir müssen selber aktiv werden. Hinsichtlich einer Baureglementsänderung hat der neue Bauverwalter ausgeführt, dies sei nicht so einfach. Aber diesbezüglich wird eine Vernehmlassung durchgeführt und dann kann der Kanton sagen ob es möglich ist oder nicht. Das ist doch ganz einfach. Wir nehmen dies so entgegen und daraus kann sich ein Auftrag für den Gemeinderat entwickeln.

Präsident: Weitere Wortbegehren? Das ist nicht der Fall. Somit frage ich den Motionär an, ob er an der Motion festhalten will?

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte noch ein Missverständnis ausräumen. Es wurde verschiedentlich gesagt, dass die Gemeinde keine weitergehenden Vorschriften als diejenigen des Kantons erlassen. Das ist aber genau der Kernpunkt des neuen Energiegesetzes: Es ist vorgesehen, dass die Gemeinden im Baubereich über die Minimalvorschriften des Kantons hinausgehen können. Ich sage es noch einmal: Dies ist in beiden Vorlagen, welche zur Abstimmung kommen, enthalten. Ein Missverständnis ist auch, wenn Ralph George ausführt, dass Bewegung in die Ausarbeitung des Umweltkonzeptes gekommen ist. Es überhaupt keine Bewegung rund um dieses Thema zu spüren. Aber nun zur Frage des Umwandelns. Ich habe kurz gezählt, und wenn ich auch die Stimmen der schweigenden Fraktionen richtig einschätze, droht eine Ablehnung der Motion. Dies fände ich ein sehr schlechtes Signal für Zollikofen. Dieses schlechte Signal möchte ich den Gegnern der Motion ersparen. Deshalb bin ich bereit meine Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Präsident: Wir haben gehört, es geht um eine Überweisung als Postulat. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst mehrheitlich:

Die Motion Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende wird als Postulat entgegengenommen.

32 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Peter Kofel und Mitunterzeichnende betreffend Ökostrom statt Atomstrom: Zollikofen geht mit gutem Beispiel voran

"Am 13. Februar 2011 haben sich in Zollikofen fast die Hälfte (47 Prozent) der Stimmenden gegen ein neues Atomkraftwerk Mühleberg ausgesprochen. Unter dem Eindruck der Katastrophe in Japan ist die Skepsis gegenüber der Kernenergie nochmals deutlich gewachsen. Breite Bevölkerungskreise gehen mittlerweile davon aus, dass die Schweiz ohne neue AKW auskommen soll und der Strombedarf aus erneuerbaren Energien gedeckt werden muss. Dies erfordert verstärkte Anstrengungen von allen – und zwar ab sofort. Als Energiestadt, die das Goldlabel anstrebt, ist die Gemeinde Zollikofen aufgefordert, beim Umsteigen vom Atom auf Ökostrom mit dem guten Beispiel voranzugehen.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, dem Grossen Gemeinderat die nötigen Massnahmen dazulegen und – soweit nötig – zum Beschluss zu unterbreiten, damit folgende Zielsetzung erreicht werden kann: Die Gemeinde Zollikofen deckt ihren Strombedarf (insbesondere für die gemeindeeigenen Gebäude, die Schulen und die Strassenbeleuchtung) möglichst rasch vollumfänglich mit Ökostrom (aus wasser-, Wind- und/oder Solarenergie); der Gemeinderat stellt die dafür nötigen finanziellen Mittel möglichst schon im Voranschlag 2012 ein.

Begründung

Die Gemeinde Zollikofen hat in den ersten Jahren ihres Engagements als Energiestadt begonnen, einen Teil ihres eigenen Strombedarfs durch Ökostrom zu decken. So wurde im Verwaltungsbericht 2004 ein jährlicher Kauf von 300'000 kWh Strom aus naturschonend genutzter Wasserkraft ("water star") angekündigt – eine Form von Ökostrom, die bei der BKW Energie AG für Privatkunden gegen einen Aufpreis von 3,5 Rappen pro kWh zu haben ist.

In den letzten Jahren schein die Gemeinde beim Bezug von Ökostrom keine Fortschritte mehr erzielt zu haben. Gemäss dem neuesten Energiestadt-Audit 2010 bezieht die Gemeinde zurzeit pro Jahr 209 MWh Ökostrom – das sind nur gerade 19 Prozent des Stromverbrauches der gemeindeeigenen Gebäude. Nimmt man den Stromverbrauch der öffentlichen Beleuchtung hinzu, liegt der Ökostrom-Anteil sogar deutlich unter 15 Prozent. Neben dem überwiegenden Bezug von Ökostrom "water star" kauft die Gemeinde jährlich 9500 kWh Ökostrom aus Sonnenenergie, davon 3500 kWh aus dem örtlichen Solarkraftwerk.

Nach der bedauerlichen Atomkatastrophe in Japan ist es ein Gebot der Konsequenz und Redlichkeit, rasch auf Strom aus der riskanten Atomenergie zu verzichten und den Strombezug vollständig auf Ökostrom umzustellen. Dabei kann die Gemeinde den Privaten mit dem guten Beispiel vorangehen und gegen Bestellen bzw. einen Aufpreis ihren gesamten Strombezug auf Ökostrom umstellen und so ein glaubwürdiges Zeichen für den Ausstieg aus der Atomenergie setzen. Die Kosten dafür dürften die Grenze von 15'000 Franken übersteigen, die der Gemeinderat als jährlich wiederkehrende Ausgaben in eigener Kompetenz beschliessen kann.

Deshalb sind die benötigten zusätzlichen Mittel beim Grossen Gemeinderat zu beantragen, und zwar möglichst schon im Voranschlag 2012. Die gute Lage der Gemeindefinanzen und die rund 450'000 Franken, welche die BKW Energie AG jedes Jahr aus einem Zuschlag auf dem Strompreis in die Gemeindekasse einzahlt, erlauben den vorbildlichen Bezug von 100 Prozent Ökostrom

Peter Kofel"

33 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Postulat Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend Energiestadt-Gold dank Stromsparen

"Am 13. Februar 2011 haben sich in Zollikofen fast die Hälfte (47 Prozent) der Stimmenden gegen ein neues Atomkraftwerk Mühleberg ausgesprochen. Unter dem Eindruck der Katastrophe in Japan ist die Skepsis gegenüber der Kernenergie nochmals deutlich gewachsen. Breit Bevölkerungskreise gehen mittlerweile davon aus, dass die Schweiz ohne neue AKW auskommen soll und der Strombedarf aus erneuerbaren Energien gedeckt werden muss. Dies erfordert verstärkte Anstrengungen und auch kurzfristige Massnahmen. Als Energiestadt, die das Goldlabel anstrebt, ist die Gemeinde Zollikofen erst recht gefordert, das Stromsparen verstärkt zu fördern und mit gutem Beispiel voranzugehen.

Der Gemeinderat wird deshalb eingeladen, zusätzliche Massnahmen zur Förderung des Stromsparens zu prüfen und dem Grossen Gemeinderat Bericht zu erstatten, namentlich im Hinblick auf folgende Zielsetzungen:

1. Die Gemeinde Zollikofen reduziert ihren Stromverbrauch, indem sie wenig effiziente Anlagen, Geräte und Beleuchtungen ausser Betrieb nimmt oder – wo nötig – nach dem Grundsatz der "Best Practice" durch energieeffiziente Installationen ersetzt. Entsprechende Anstrengungen sind insbesondere auch im Bereich der Wasserversorgung mit ihren stromverbrauchenden Pumpen anzustreben.
2. Die Gemeinde Zollikofen fördert mit finanziellen Anreizen und attraktiven Angeboten im Zusammenhang mit Hersteller- und Installationsfirmen private Investitionen in effizientere Anlagen und Geräte, beispielsweise Umwälzpumpen für die Gebäudeheizungen.
3. Die Gemeinde Zollikofen reduziert den Stromverbrauch der Strassenbeleuchtung weiter durch bauliche und betriebliche Massnahmen; aufgrund der guten Erfahrungen und Akzep-

tanz in anderen Gemeinden ist insbesondere das Ausschalten von Strassenbeleuchtungen während einiger Nachstunden zu prüfen.

4. Die Gemeinde Zollikofen fördert die Produktion von Ökostrom, indem sie insbesondere die Bemühungen der Genossenschaft Solarkraftwerk Zollikofen mit Investitionshilfen für neue Anlagen und durch den Kauf von zusätzlichem Ökostrom unterstützt.

Begründung

Die Gemeinde Zollikofen hat als Energiestadt in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte beim Energiesparen erreichen können, namentlich durch die Förderung von privaten und gemeindeeigenen Minergie-Bauten. Im Bereich des Stroms sind nun rasch zusätzliche Anstrengungen erforderlich und möglich, um die Stromverschwendung einzugrenzen. Gemäss Angaben im Energiestadt-Audit 2010 hat die Gemeinde Zollikofen im Jahr 2009 in ihren eigenen Gebäuden 1'158'000 kWh Strom verbraucht und dafür 179'400 Franken bezahlt. Hinzu kamen noch rund 119'300 Franken Stromkosten für die Strassenbeleuchtung.

Auch wenn seither die Sparbemühungen weiter gefruchtet haben sollten, beläuft sich die Stromrechnung der Gemeinde insgesamt also auf mehr als eine Viertelmillion Franken – ein Grund mehr, um die Sparanstrengungen auch im eigenen finanziellen Interesse zu verstärken. Gleichzeitig ist es angebracht, die Produktion von Ökostrom auf Gemeindegebiet zu fördern.

Zu 1: Der Stromverbrauch in den gemeindeeigenen Bauten war in den letzten Jahren höher als im Jahr 2002, als Zollikofen als Energiestadt startete. Der Verbrauch ist insbesondere in der Gemeindeverwaltung deutlich angestiegen und liegt gemäss Energiestadt-Audit 2010 "massiv über dem Soll-Wert". Das zeigt, dass verstärkte Anstrengungen zum Stromsparen nötig sind und dass das Sparpotential noch lange nicht ausgeschöpft ist. Deshalb sind energieintensive Anlagen und Geräte beschleunigt und konsequent ausser Betrieb zu nehmen und – sofern nötig – durch Installationen zu ersetzen, die dem besten Stand der Energiespar-Praxis entsprechen. Entsprechenden Einfluss sollte die Gemeinde auch bei Unternehmungen gelten machen, die in ihrem Auftrag auf dem Gemeindegebiet von Zollikofen tätig sind, beispielsweise bei der Wasserversorgung, bei deren Pumpen möglicherweise beträchtliches Stromsparpotential besteht.

Zu 2: Finanzielle Förderprogramme, welche private Investitionen ins Energiesparen erleichtern und beschleunigen, gehören andernorts längst zum bewährten Massnahmenkatalog von Energiestädten. Die Gemeinde Zollikofen könnte Hersteller- und Installationsfirmen von energiesparenden Anlagen und Geräten auch für Sonderangebote an örtliche Hauseigentümer und andere private Investoren gewinnen. So hat die Energiestadt Münsingen beispielsweise in Zusammenarbeit mit einer bernischen Pumpen-Herstellerin ein attraktives Angebot ausgeschrieben, das den Ersatz von 300 stromfressenden Heizungsumwälzpumpen bewirken soll. Damit lassen sich bis zu 80 Prozent Strom einsparen.

Zu 3: Gemäss Energiestadt-Audit 2010 hat Zollikofen den Stromverbrauch der Strassenbeleuchtung von 2006 bis 2010 um gute 25 Prozent senken können. Das ist erfreulich. Erfahrungen in anderen Gemeinden zeigen jedoch, dass eine weitere Senkung möglich ist (evtl. durch Einsatz technisch immer ausgereifteren LED-Leuchten). Zudem haben andere Gemeinden (wie z.B. Murten, Pratteln, Buchs SG und neu auch Thierachern) bereits gute Erfahrungen mit dem Ausschalten der Strassenbeleuchtung in den tiefsten Nachstunden gemacht bzw. auch unnötige Aussenbeleuchtungen und Leuchtreklamen einzuschränken begonnen – mit guter Akzeptanz in der Bevölkerung und als Beitrag im Kampf gegen die zunehmende Lichtverschmutzung. Gemäss der geltenden Verordnung zum Reklamereglement hat der Gemeinderat von Zollikofen heute schon (allerdings nur beschränkte) Möglichkeiten, die Beleuchtungsdauer von Reklamen einzuschränken.

Die Genossenschaft Solarkraftwerk Zollikofen leistet mit der Produktion von jährlich rund 15'000 kWh Solarstrom und rund 10'000 kWh Ökostrom aus dem Kleinwasserkraftwerk bei der Mühle im Graben nur einen kleinen, aber feinen Beitrag zur Stromversorgung Zollikofens. (Die Gemeinde kauft davon jährlich 3500 kWh einheimischen Solarstrom.) Doch die Produktion von Ökostrom könnte gesteigert werden, wenn sich die Gemeinde mit Investitionshilfen und Stromkäufen vermehrt engagiert. Gemäss Energiestadt-Audit 2010 ist eine Solaranlage auf dem Gebäude des FC Zollikofen geplant; gemäss kantonaler Wasserstrategie hätte der Krebsbach zusätzliches Potential zur Produktion von Ökostrom aus Wasserkraft; diese und weitere Produktionsmöglichkeiten (z.B. für Windstrom, vielleicht auf dem ehemaligen Wasserturm im Tannwald?) sollten von der Gemeinde aktiv geprüft und gegebenenfalls gefördert werden.

Christoph Merkli"

34 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Anne-Lise Greber-Borel und Mitunterzeichnende betreffend Amphibienschutz auf der Kirchlindachstrasse

"Jedes Jahr im Frühling kommen Kröten, Frösche und Molche aus dem Buchsiwald zum Teich beim Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB), um für die Fortpflanzung ihren Laich abzulegen. Die Amphibien überqueren dabei die Kirchlindachstrasse auf der Höhe des EHB, um dann über den Parkplatz zum Teich hinunter zu gelangen. Später nehmen sie den Weg zurück in den Wald. Dabei werden die gesetzlich geschützten Tiere beim langsamen Überqueren der stark befahrenen Strasse in vielen Fällen überfahren. In den letzten Jahren wurden an etlichen Tagen jeweils am Morgen Dutzende Kadaver auf der Kirchlindachstrasse gefunden.

Dieses Jahr sind viele freiwillige Helferinnen und Helfer einem Aufruf aus dem Natur- und Vogelschutz Münchenbuchsee und Umgebung gefolgt und haben während mehreren Wochen Abend für Abend geholfen, die Amphibien vor dem drohenden Strassentod zu bewahren. Dank diesem enormen Einsatz konnten über 800 Tiere gerettet werden. Die Helferinnen, Helfer und die Initianten der Rettungsaktion, die von der Bauverwaltung und Werkhof unterstützt worden war, verdienen ein grosses Merci.

Weil auch nächstes Jahr wieder eine Amphibienwanderung an der Kirchlindachstrasse stattfinden wird, bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was gedenkt die Gemeinde für nächstes Jahr vorzukehren? Zieht der Gemeinderat konkrete Massnahmen zum besseren Schutz der Amphibien bzw. zur verstärkten Unterstützung einer allenfalls neuen Rettungsaktion von Freiwilligen in Betracht?
2. Wenn ja, welche?
3. Wie beurteilt der Gemeinderat die Möglichkeiten, einen oder mehrere, andernorts bewährte Amphibientunnel einzurichten, einen längeren und/oder besseren Amphibienzaun aufzustellen oder andere bauliche Massnahmen (z.B. Brücke über den Geländeeinschnitt) zu treffen?
4. Wäre es möglich, die Kirchlindachstrasse im Frühling während der jeweils etwa zwei Stunden dauernden Amphibienwanderung nach Sonnenuntergang zu sperren?
5. Wurde zur Suche nach einer Lösung des seit Jahren bekannten Problems mit den kantonalen Naturschutzbehörden oder anderen Fachstellen Kontakt aufgenommen?

Anne-Lise Greber-Borel"

Präsident: Werte GGR-Mitglieder und werter Gemeinderat, somit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich bedanke mich recht herzlich für die Rücksicht in Bezug auf den interimistischen Präsident. Ich möchte ebenfalls meiner Stellvertreterin für die Mitwirkung danken und möchte euch allen einen schönen Abend wünschen. Am 25. Mai 2011 findet hier die nächste Sitzung des Grossen Gemeinderates wieder unter der Leitung von Martin Kocher statt.